



Presseschau vom 17.10.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Norwegischer Delegationsleiter: Beitritt der Krim zu Russland war legitim

Der Besuch einer norwegischen Delegation auf der Krim hat zum Ziel, der Weltöffentlichkeit die Legitimität des Beitritts der Halbinsel zu Russland vor Augen zu führen. Das erklärte Delegationsleiter Hendrik Weber in einem RIA-Novosti-Gespräch.

An der einwöchigen Visite nahmen elf norwegische Geschäftsleute und Politiker sowie zwei deutsche Abgeordnete teil. Weber — Besitzer der Baufirma Betongrehab Vest — teilte mit, dass die Empfehlung der norwegischen Regierung, die Krim nicht zu besuchen, der Reise nicht im Wege gestanden hatte.

„Meine Frau Mette und ich waren bereits hier (auf der Krim) im vergangenen Jahr als Mitglieder einer deutschen Delegation gewesen. Jetzt sind wir Leiter einer ersten offiziellen norwegischen Abordnung seit 2014. Wir streben nach einem guten Dialog zwischen Russland und Norwegen. Wir sind davon überzeugt, dass die Krim ein legitimer Teil der Russischen Föderation ist, und wollen das mit unserem Besuch vor Augen führen.“

Weber sprach sich ferner für die Abschaffung „gegen die Krim-Bewohner verhängter sinnloser Sanktionen“ aus. Er wies auf positive Änderungen an der Infrastruktur der Halbinsel hin und plädierte für die Nutzung von Investitionsmöglichkeiten, die die Region bietet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31789/24/317892469.jpg>

de.sputniknews.com: **GUS-Staaten wollen nicht mehr in Ukraine investieren**

Die Ukraine hat die Position des führenden Empfängers von direkten Investitionen aus den Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) verloren, schreibt am Montag die russische Zeitung „Iswestija“ unter Verweis auf Angaben der eurasischen Entwicklungsbank. In den letzten Jahren sanken diesen Angaben zufolge die Investitionen der GUS-Staaten in die Ukraine von 17 auf 5,6 Milliarden US-Dollar. Insbesondere verringerten sich die Investitionen in die Eisen- und Nichteisenindustrie.

Der Hauptgrund für den Investitionsabbau sei nicht nur der politische Faktor, sondern auch die schwere wirtschaftliche Lage in der Ukraine sowie die instabile finanzielle Lage der ukrainischen Unternehmen, so die Zeitung.

Die eurasische Entwicklungsbank ist darüber besorgt, dass die Ukraine im Fall der Fortsetzung dieses Trends aus den Wertschöpfungsketten in der Region ausgeschlossen wird.

Dnr-online.ru: Die Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination informieren am 16. Oktober über demonstrative Versuche der Ukraine, offensichtliche Fälle von Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch sie zu verheimlichen, besonders in den Bezirken, die für eine Besichtigung durch Alexander Hug vorgesehen waren, denn dort sind die Folgen von Beschüssen von Ortschaften und kritische wichtigen Infrastrukturobjekten der Republik von Seiten der ukrainischen Streitkräfte deutlich sichtbar.

Einer der ersten Vorfälle war das künstlich geschaffene Hindernis für den Aufenthalt der Vertreter der Republik im vereinigten Stab des Gemeinsamen Zentrums in Soledar. Nach der Bestätigung der vorläufigen Ordnung des Verkehrs über die Kontaktlinie mussten die Vertreter der DVR die Kontaktlinie auf den allgemeinen Grundlagen und ohne zusätzliche Sicherheitsgarantien passieren.

Damit hat die ukrainische Seite noch nicht aufgehört.

Wie bereits mitgeteilt wurde, hielt sich der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine vom 10. bis 14. Oktober 2017 zu einem Arbeitsbesuch auf dem Territorium des Donbass auf. Alexander Hug hat die Führung der Vertretungen im Gemeinsamen Zentrum persönlich zu einer gemeinsamen Inspektion der Situation an den heißen Punkten der Kontaktlinie eingeladen, aber die ukrainische Seite hat die Zusammenarbeit der Vertretung der

Streitkräfte der RF im Gemeinsamen Zentrum mit Alexander Hug vollständig blockiert. Wir lenken die Aufmerksamkeit auch auf das Fehlen einer Reaktion von Seiten A. Hugs auf diese provokativen und unrechtmäßigen Handlungen der Ukraine im Gemeinsamen Zentrum. Wir erinnern daran, dass die Vertreter der Ukraine im Gemeinsamen Zentrum die Kontaktlinie derzeit ungehindert passieren und weiter an Beobachtungsgruppen, die auf dem Territorium der DVR aktiv sind, beteiligt sind.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **10 Mal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Donezkij, Krasnyj Jar, Shelobok, Prischib, Pachalewka, Losowoje sowie die Umgebung des Denkmals des Fürsten Igor bei Staniza Luganskaja.**

Es wurde mit 120mm-Mörsern, Antipanzerraketenkomplexen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

ukrinform.ua: Rasmussen: Westen muss der Ukraine Waffen geben und Friedenstruppen im Donbass stationieren

Um das Blutvergießen im Donbass zu stoppen, muss der Westen der Ukraine moderne Verteidigungswaffen gewähren und UN-Friedenstruppen entlang der Grenze zur Russischen Föderation stationieren lassen.

Solche Meinung hat der ehemalige Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen im Artikel für die führende kanadische Ausgabe „The Globe and Mail“ zum Ausdruck gebracht.

„Europa, Kanada und die Vereinigten Staaten haben jetzt die Möglichkeit, zur politischen Lösung dieses Krieges beizutragen: erstens, sie können dem ukrainischen Militär die Verteidigungsausrüstung zur Verfügung stellen, und zweitens, eine mächtige UN-Friedensmission im Donbass stationieren“, schreibt Rasmussen.

Er erinnerte daran, dass Russland selbst den Vorschlag über die Stationierung von UN-Truppen in der Ukraine unterbreitet hat. „Der Moskauer Resolutionsentwurf hat sich als typischer Putin-Bluff erwiesen, der gegen einige UN-Prinzipien verstößt, das heißt, er ist inakzeptabel in seiner jetzigen Form...“, äußert sich der Ex-Generalsekretär.

„Wenn Russland seine Truppen abzieht und die Souveränität der Ukraine wiederherstellt, werden wir die größte Belohnung bieten können - die Milderung des Sanktionsregimes. Dieses Gericht serviert man nicht in Teilen: Eine komplette Aufhebung der Sanktionen ist erst nach der vollen Erfüllung seiner Verpflichtungen durch Russland möglich“, fuhr Rasmussen fort.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 haben die ukrainischen Streitkräfte **34 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **13 Ortschaften der Republik** mit Panzern, Mörsern, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: **Kiew: Poroschenko bringt Gesetzentwurf über Aufhebung von Abgeordneten-Immunität ein**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat einen neuen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Abgeordneten-Immunität in die Werchowna Rada (Parlament) eingebracht.

Das entsprechende Dokument wurde auf der offiziellen Webseite des ukrainischen Parlaments veröffentlicht.

„Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, den Artikel 80 der ukrainischen Verfassung in einem neuen Wortlaut darzulegen, der die Bestimmungen aufhebt, gemäß denen ukrainischen Abgeordneten eine Abgeordneten-Immunität garantiert wird“, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Laut dem Gesetzentwurf wird das Gesetz ab 1. Januar 2020 in Kraft treten. Der Gesetzentwurf wurde von Poroschenko als „unverzüglich“ eingestuft.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31789/69/317896971.jpg>

Dan-news.info: „Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften in den letzten 24 Stunden abgeschossenen Geschosse betrug 959“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung Ruslan Jakubow mit.

Er erklärte, dass in Richtung Donezk 172 Mörsergeschosse, 12 Panzergeschosse, 290 Geschosse mit Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, 296 Granaten abgeschossen wurden. Außerdem wurden 49 Schüsse mit Schusswaffen abgegeben.

„In Richtung Mariupol wurden 33 Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm, 12 Geschosse mit Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, 95 Granaten abgeschossen, einmal wurden leichte Schusswaffen verwendet“, fügte Jakubow hinzu...

Weitere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Russlands erstes Denkmal „Für die Helden des Donbass“ – in Rostow am Don enthüllt

In Rostow am Don ist das erste Denkmal für jene Freiwilligen enthüllt worden, die im Südosten der Ukraine gekämpft haben. Dies teilte der Korrespondent der Nachrichtenagentur RIA Novosti aus der südrussischen Stadt mit.

Die Enthüllung des Denkmals „Für die Helden des Donbass“ erfolgte im Zusammenhang mit dem dritten Kongress der Organisation „Verband der Donbass-Freiwilligen“ und fand im Ostrowski-Park im Beisein des Chefs der selbsterklärten Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, des Putin-Beraters Wladislaw Surkow und des Stadtoberhauptes von Rostow am Don, Vitali Kuschnarjow, statt.

Entstehungsgeschichte des Denkmals

Das Denkmal wurde im Auftrag des Verbandes der Donbass-Freiwilligen errichtet, der dafür knapp eine Million Rubel ausgegeben haben. Die 6,5 Meter hohe Stele ist mit Granitplatten verkleidet und wird vom Kreuz des Verbandes der Donbass-Freiwilligen gekrönt.

Der Sockel des Denkmals war im Park bereits Mitte September aufgestellt worden, nachdem die Behörden das Konzept des Denkmals befürwortet hatten. Ende September folgte dann das Denkmal selbst, auf dem etwas später die Inschrift „Für die Helden des Donbass“ auftauchte, die laut der Quelle von RIA Novosti aber nicht mit der zwischenbehördlichen Kommission von Rostow am Don für die Aufstellung von Denkmälern abgestimmt worden war. In der zweiten Oktoberhälfte will die Kommission in ihrer Sitzung den Namen des Denkmals erörtern.

Aber ungeachtet dessen war am 5. Oktober die Verordnung des Stadtoberhauptes Vitali Kuschnarjow veröffentlicht worden, die die Aufstellung des Denkmals im Ostrowski-Park genehmigt.

Das Denkmal hat Gegner

Wie RIA Novosti in der städtischen Staatsanwaltschaft erfahren hat, hätten Aktivisten der Rostower Filiale der gesellschaftlichen Bewegung „Solidarität“ gegen die ihres Erachtens rechtswidrige Aufstellung des Denkmals protestiert und eine diesbezügliche Eingabe gemacht. Sie sei der Staatsanwaltschaft des Stadtbezirks Perwomaiski übergeben worden. Laut den Medienberichten gehe es den Aktivisten nicht etwa um den Namen des Denkmals, sondern um dessen Idee selbst. Sie seien empört, dass es vor seiner Aufstellung keine öffentlichen Anhörungen gegeben habe.

Denkmal „Für Motorola“

Der Chef der Volksrepublik Donezk, Alexander Sacartschenko, teilte in seiner Ansprache zur Enthüllung des Denkmals in Rostow am Don mit, dass am Montag in Donezk ein weiteres Denkmal enthüllt worden sei – für den ermordeten Kommandeur des Bataillons „Sparta“, Arsen Pawlow mit Kampfnahmen „Motorola“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31790/16/317901639.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: Heroisierung von Nazi-Handlangern: Russland und Israel äußern klar ihre Position

Russland und Israel vereint die strikte Ablehnung des Antisemitismus und der Versuche, „Handlanger des Faschismus“ zu heroisieren. Dies erklärten der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu und der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu bei einem Treffen in Israel.

„Die Seiten waren sich darüber einig, dass Russland und Israel die Ablehnung des Antisemitismus sowie anderer Formen von Fremdenfeindlichkeit und nationaler Konflikte vereint“, sagte der russische Vize-Verteidigungsminister Alexander Fomin gegenüber Journalisten am Dienstag.

Auf dem Treffen sei zudem hervorgehoben worden, dass Russland und Israel gegen Geschichtsverfälschung, eine Neubewertung des Zweiten Weltkrieges sowie gegen die Versuche eintreten, Handlanger der Faschisten zu heroisieren. Die Länder seien auch gegen das Kleinreden des entscheidenden Beitrags der Sowjetunion zum Sieg über Nazi-Deutschland.

Russland habe zudem das neue Gesetz begrüßt, laut dem der 9. Mai in Israel nun als Feiertag begangen wird.

Darüber hinaus habe Schoigu eine aktuelle Ausstellung in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem sehr gelobt. Das Museum sei ein grandioses Bauwerk, welches es erlaube, das Ausmaß der Tragödie und des Leids, das dem jüdischen Volk sowie der ganzen Menschheit im Zweiten Weltkrieg zuteilgeworden sei, in vollem Maße einzuschätzen.

Die Tendenz zur Heroisierung von Nazi-Kollaborateuren ist in letzter Zeit unter anderem in der Ukraine zu beobachten. Solche Schritte der ukrainischen Regierung sorgen in einigen Ländern, darunter Russland, für besondere Entrüstung.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden wurden **34 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Panzer, Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **zehn Ortschaften** wurden 12 Panzergeschosse, 45 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 135 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner drei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 24 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen. Außerdem wurden die Gebiete von **Leninskoje, Oktjabrj und Kominternowo** mit Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte haben schon lange aufgehört, eine Armee im vollen Sinne dieses Wortes zu sein und die elementare Armeedisziplin wird von den ewig betrunkenen Teilnehmern der ATO als etwas Absurdes und Fremdartiges wahrgenommen.

So haben Soldaten der 57. mechanisierten Brigade eine echte bewaffnete Meuterei mit der Forderung durchgeführt, den neuen Brigadekommandeur Golowaschenko abzusetzen. Auf dem Video, dass die Meuterer im Internet stellten, beschwerten sie sich über ständige Beleidigungen und Aggressionen gegenüber dem Personal, darunter auch gegen Offiziere. Nach ihren Worten hat der Brigadekommandeur sogar den Leiter des Stabs des 17. Bataillons Krawtschenko geschlagen, wobei sie allerdings wegließen, dass der Major betrunken zu einer Besprechung zum Kommandeur der Einheit kam.

Die Soldaten erzählten in ihrem Videoanruf an den Präsidenten auch genau, dass bis zur Ernennung des neuen Kommandeurs es in der Einheit keinerlei Unterschied gab, was man ist – Soldat, Offizier, Bataillonskommandeur oder Abteilungskommandeur. Denn die ukrainischen Streitkräfte streben ja in die NATO und solche Dinge wie Unterordnung,

Führungsverantwortung und Armeedisziplin sind nach ihrer Meinung einfach sinnlose Überbleibsel der sowjetischen Vergangenheit.

Nach solchen Erklärungen wird alles sofort klar. Und die Gesetzlosigkeit, die in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte herrscht, bekommt einen neuen Sinn. Regelmäßige Trunkenheit, Drogenkonsum, eigenmächtiges Verlassen des Truppenteils erweisen sich einfach als Erscheinungen der europäischen Freiheit. Offenbar hat der Brigadekommandeur noch eine sowjetischer Ausbildung, einen Verstand, der nicht vollständig von den Ideen des Maidan verdorben ist, und hat, gerade in der ATO-Zone eingetroffen, solches Chaos gesehen und versucht, mit harten Methoden Ordnung in die Einheiten zu bringen.

In der Folge des Aufrufs der Soldaten der 57. Brigade wurde eine komplexe Kontrolle in die Einheit geschickt, die eine Menge an Verstößen festgestellt hat, und unter der in erster Linie die Soldaten, die die Aufmerksamkeit des obersten Kommandeur auf das Problem gelenkt haben, selbst gelitten haben. Aber sie haben sich davon überzeugt, dass ihre demokratische Methode funktioniert und andere Soldaten könnten sich ihrem Beispiel folgend direkt beim Präsidenten beschweren.

de.sputniknews.com: Neue Bundesregierung hebt Russland-Sanktionen auf – Lettlands Ex-Außenminister

Die neue Bundesregierung wird aus Sicht des ehemaligen lettischen Außenministers Jānis Jurkāns die gegen Russland verhängten Sanktionen aufzuheben beginnen, weil diese vor allem für Deutschlands Wirtschaft schädlich sind.

„Wenn Deutschland seine Regierung gebildet hat, wird diese anfangen, die Sanktionen schrittweise aufzuheben, weil die Sanktionen denen in die Beine schießen, die sie verabschieden und unterstützen“, sagte Jurkāns gegenüber Journalisten am Rande des 14. Internationalen Diskussionsklubs „Waldai“.

Lettland als EU-Mitglied hoffe darauf, dass die Union ebenfalls Sanktionen gegen Russland aufheben werde. „Denn Sanktionen sind ein Schwert mit zwei Klingen“, betonte der ehemalige Minister...

ukrinform.ua: Kanadas Verteidigungsminister: Kanada sendet mit seiner Unterstützung der Ukraine ein Abschreckungssignal an Russland

Die aktive Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Kanada helfe, das aggressive Verhalten Russlands zurückzuhalten, erklärte während eines Treffens mit der ukrainischen Gemeinde der kanadische Verteidigungsminister Harjit Sajjan, berichtete ein Korrespondent von Ukrinform.

„Dank unserem Handelsabkommen, der militärischen Partnerschaft, den kulturellen Beziehungen und der Zusammenarbeit mit der Nato sendet Kanada an Russland ein sehr starkes Signal der Zurückhaltung“, sagte Sajjan.

Er betonte, dass Kanada absichtlich seine Truppen in Lettland hat stationieren lassen, um „die Wiederholung der Ereignisse im Donbass in den baltischen Staaten nicht zuzulassen“. Gerade eine starke Ukraine sei die beste Illustration für das Scheitern des russischen Vorgehens.

„Kanada wird weiter an der Seite der Ukraine stehen, auch heute, morgen und noch lange Zeit“, resümierte Sajjan

dnr-news.com: In Kiew verweigerte ein Arzt einer Patientin die Operation, weil sie mit ihren Worten die Donezker Bevölkerung unterstützte

In Kiew hat der Chirurg Dmitrij Koslow einer Frau aus Donezk aufgrund von politischen Äußerungen verweigert. Dies berichtet er auf seiner Facebook-Seite.

Seinen Worten nach kam die Frau, 50 Jahre alt und Privatunternehmerin aus Donezk, zum Fettsaugen. Und als sie schon auf dem OP-Tisch lag, hat sich die Patientin für die

Verteidigung des Volkes des Donbass ausgesprochen.

„Direkt auf dem OP-Tisch, begann sie, ohne auf die Narkose zu warten, über die Ukrays, den Genozid am Volk des Donbass und überhaupt sei die Russische Welt die beste unter der Sonne – abgesehen von der jenseitigen“, schrieb Koslow.

Der ukrainische Mediziner sagte, dass er sofort die Vorbereitung auf die Operation abbrach, der Frau wurde das gezahlte Geld rückerstattet.

„Damit keine Missverständnisse entstehen – die Fettabsaugung ist keine lebenswichtige OP und ich habe nicht den Hippokratischen Eid gebrochen. Ich weiß nicht, wie das für andere ist, aber für mich stinkt dieses Geld“, fügte er hinzu.

Nach der Verbreitung in den Medien löschte der ukrainische Arzt schnell diesen Post über die Frau aus Donezk.



<http://dnr->

news.com/uploads/posts/2017-10/1508243131_10940475_580140342117845_5581806320074723344_n.jpg

ukrinform.ua: Nationalbank prognostiziert höhere Inflation im Oktober
Die Nationale Bank der Ukraine erwartet im Oktober eine höhere Inflation als prognostiziert. Das erklärte der amtierende Bankchef, Jakiw Smolij, in einem Interview für die Nachrichtenagentur Ukrinform. Die Inflation werde aber niedriger im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs sein.

Als Gründe für die höhere Inflation nannte Smolij die Verteuerung von Obst und Gemüse wegen einer geringeren Ernte und die Steigerung des Lebensmittelexports, besonders von Fleisch- und Milchprodukten. Eine Erhöhung der Tabaksteuer habe dazu auch beigetragen. Smolij hofft auf die Rückkehr der Inflation in den Zielkorridor in der ersten Hälfte 2018. Weiter solle 2018 und 2019 die Inflation im prognostizierten Rahmen bleiben.

de.sputniknews.com: Bernsteinzimmer endlich gefunden? – Deutsche Schatzsucher zuversichtlich

Die Schatzsucher von der Hartensteiner „Prinzenhöhle“, Leonhard Blume, Peter Lohr und

Günter Eckardt, wollen das lang gesuchte Bernsteinzimmer in einem unterirdischen Versteck unweit von Dresden gefunden haben. Das berichtet die britische Zeitung „The Daily Mail“. Peter Lohr vermutet den Schatz unterirdisch in einer Höhle im Erzgebirge unweit der Stadt Dresden. „Das Versteck liegt unterirdisch und oberhalb der Bahnweichen, wo ein Zug aus Königsberg im Jahr 1945 gestoppt wurde“, so Lohr, der ein Bodenradar-Experte ist. Er soll schon im Jahr 2001 den ersten Hinweis bekommen haben, dass sich das Zimmer dort befindet. Mithilfe von Radar durchleuchtete Lohr die Erde in der Hartensteiner „Prinzenhöhle“ und entdeckte bunkerähnliche Höhlungen. Nach Angaben des Georadars verberge sich unter den Höhlen ein geheimes Tunnel-System, so die Schatzsucher.

Diese Höhle wurde 1455 zum ersten Mal urkundlich erwähnt, aus der Zeit des Dritten Reichs sind aber keine Zeugnisse in Akten erhalten geblieben. Den Schatzsuchern zufolge zeugt dies davon, dass die Information über diese Höhle absichtlich vernichtet worden sei.

Zugunsten der Theorie, dass das Bernsteinzimmer in der Prinzenhöhle versteckt sei, spricht Lohr zufolge die Tatsache, dass sich unweit von ihr eine Eisenbahnstrecke befand, wo im April 1945 ein Zug aus Königsberg gehalten haben soll. Aus seiner Sicht kann sich hier auch ein Lager des letzten Kaisers des Deutschen Reichs und Königs von Preußen, Wilhelm II., befinden. Derzeit werden Geldmittel gesammelt, um die Untersuchung fortzusetzen.

Ursprünglich war das Bernsteinzimmer im Schloss Charlottenburg in Berlin gebaut. Der deutsche Kaiser Friedrich Wilhelm I. schenkte es 1716 dem russischen Zaren Peter dem Großen, der es in der Nähe von der damaligen Hauptstadt des Russischen Kaiserreichs, St. Petersburg, im Katharinenpalast aufbauen ließ.

In diesem Palast blieb es zweihundert Jahre lang. Im Jahr 1941 stahlen die Nazis das Bernsteinzimmer und brachten es nach Königsberg ins dortige Schloss. Seit 1945 gilt das Zimmer als spurlos verschwunden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31062/42/310624292.jpg>

de.sputniknews.com: Was geschieht mit Bernsteinzimmer nach seiner Entdeckung? - Puschkin-Museum

Wenn sich das Bernsteinzimmer tatsächlich bei Dresden befindet, wie das mehrere Schatzsucher behaupten, muss dieses nach seinem Auffinden an Russland zurückgegeben werden. Diese Meinung äußerte die Präsidentin des Puschkin-Museums in Moskau, Irina Antonowa.

„Alle paar Monate erscheinen solche Mitteilungen, aber wenn es tatsächlich gefunden wird,

dann muss es an Russland zurückgegeben werden“, betonte Antonowa gegenüber RIA Novosti am Dienstag mit Blick auf jüngste Medienmeldungen, wonach sich das Bernsteinzimmer in einem unterirdischen Versteck bei Dresden befinden soll....

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden wurde das Regime der Feuereinstellung **12 Mal** verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Shelobok, Prischib, Donezkij, Krasnyj Jar, Losowoje, Kalinowo und im Gebiet des Denkmals des Fürsten Igor**. Bei den Beschüssen verwendeten die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Antipanzerlenkraketen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 20 Mörser- und Granatgeschosse abgeschossen.

Trotz des Beginns der Rotation der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone verlassen ukrainische Soldaten weiter eigenmächtig ihren Stationierungsort.

Am 15. Oktober haben zwei Soldaten der 14. mechanisierten Brigade eigenmächtig den Stationierungsort verlassen. Derzeit ist ihr Aufenthaltsort unbekannt.

Nach uns vorliegenden Informationen aus Geheimdienstquellen wurden weitere Fälle von Diebstählen in den Lagern für materiell-technische Versorgung der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

Im Raketenartilleriewaffenlager der 58. Brigade auf dem Gebiet einer Milchfarm in Nishneje beträgt der Fehlbestand an Munition mehr als 30%. Und die Munition, die sich im Lager befindet, wird unter Verletzung aller Sicherheitsanforderungen unter offenem Himmel auf dem Boden gelagert.

Außerdem ist nicht weit von dem Raketenartilleriewaffenlager ein Lager für Treibstoff derselben Brigade. Treibstoff und verschiedene Flüssigkeiten werden auch unter Verletzung aller Instruktionen und Sicherheitsanforderungen gelagert, was ihre Entflammung fördert und als Folge einen Brand auf einem großen Gebiet, darunter auch das des Raketenartilleriewaffenlagers.

Ich möchte die Einwohner der Ortschaften, die sich in unmittelbarer Nähe von diesen Lagern und Basen der ukrainischen Streitkräfte befinden, vor der Gefahr für Leben und Gesundheit warnen.

de.sputniknews.com: **Neuer Maidan? Heftige Proteste in Kiew – Saakaschwili fordert Rücktritt Poroschenkos**

Der ehemalige Gouverneur des ukrainischen Gebiets Odessa Michail Saakaschwili hat den Präsidenten des Landes, Petro Poroschenko, aufgerufen, seinen Posten zu verlassen und „das ukrainische Volk zu befreien“.

„In der Ukraine gibt es derzeit keinen politischen Prozess“, erklärte Saakaschwili am Dienstag bei einer Protestaktion im Zentrum Kiews, der Hunderte Menschen beiwohnten. Es gäbe nur „den Willen eines einzelnen Menschen“. Solange Poroschenko sein Amt bekleide, werde es in der Ukraine keine Verbesserungen geben, skandierte er weiter.

Die Protestierenden, darunter auch Vertreter der Partei von Julia Timoschenko

„Batkiwtschchina“ („Vaterland“), fordern die Abschaffung der Abgeordnetenimmunität, einen verstärkten Kampf gegen Korruption und eine Reform des Wahlrechts.

Medienberichten zufolge ist es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Protestteilnehmern und der Polizei gekommen. Laut Augenzeugenberichten haben Unbekannte auch ein Gas versprüht. Einige Protestierende brauchten medizinische Behandlung, hieß es.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31790/58/317905845.jpg>

ukrinform.ua: Verletzte bei Auseinandersetzungen vor Parlament

Vor dem Gebäude des Parlaments ist es zu Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern einer Protestaktion und Sicherheitskräften gekommen.

Es gibt schon Verletzte. Vor dem Parlament ist es Geruch von Tränengas in der Luft und ist Rauch zu sehen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die Auseinandersetzungen begannen, als einer der Protestteilnehmer einen Durchgangs-Metalldetektor zerstören wollte. Vor dem Parlament versammelten sich etwa 1000 Aktivisten der Parteien „Batkiwtschyna“, „Samopomitsch“, „Bewegung der neuen Kräfte“

de.sputniknews.com: **Ukraine: Anti-Korruptions-Demo in Kiew artet in Gewalt aus**

Zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften ist es am Dienstag am Rande einer massenhaften Anti-Korruptions-Demo im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt Kiew gekommen. An der Demo nahmen Tausende Menschen teil.

Eine Gruppe von Demonstranten war mit Zelten zum Gebäude der Werchowna Rada (Parlament) unterwegs, als Soldaten der Nationalgarde ihnen den Weg versperrten, berichtet ein Sputnik-Korrespondent vor Ort. Beim Handgemeine, das daraufhin losbrach, sollen mehrere Demonstranten und mindestens ein Ordnungshüter verletzt worden sein.

Protestler beschädigten zudem Polizeisperren und entrissen den Sicherheitskräften mehrere Schutzschilder. Mehrere Menschen wurden laut dem Reporter mit Ambulanzwagen in Krankenhäuser geschickt. Zudem versprühten Unbekannte Pfeffergas.

Die Demonstranten fordern eine Aufhebung der Abgeordnetenimmunität, die Gründung eines Anti-Korruptions-Gerichts und eine Reform des Wahlrechts. Einer der Organisatoren der Proteste ist der frühere Präsident Georgiens und Ex-Gouverneur der ukrainischen Schwarzmeerregion Odessa, Michail Saakaschwili, dem nach einem Konflikt mit Präsident Petro Poroschenko die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen worden war.

Dnr-online.ru: Im frontnahen Alexandrowka wurden eine neue Gasleitung und ein Heizwerk in Betrieb genommen, die Häuser und soziale Objekte der Ortschaft mit Heizwärme versorgen. Heute, am 17. Oktober, nahmen an der feierlichen Veranstaltung Vertreter von Ministerien und Behörden, der Stadt-, Bezirks- und Ortsverwaltungen teil.

„Bis jetzt wurden 60 Anträge zum Anschluss von Privathäusern an die Gasversorgung entgegen genommen. Insgesamt kann diese Gasleitung 3000 Verbraucher versorgen“, berichtete der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez. Nach den Worten des Generaldirektors des staatlichen Unternehmens „Donbassteplenergo“ Ruslan Kaplenko betragen die Gesamtkosten des Projekts etwa 8 Mio. Rubel. „Das ist nicht einfach ein Projekt. Dies ist eine weitere Etappe der Entwicklung unserer Republik. Es ist nicht nötig zu sagen, welche Bedeutung Gas dort hat, wo es nie welches gab. Aber das wichtigste ist, dass all dies in der Kriegszeit gelungen ist zu tun“, sagte der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulesmin. Der Generaldirektor des staatlichen Konzerns „Donbassgas“ Sergej Filippow merkte an, dass die Inbetriebnahme der Gasleitung und des Heizwerks bequeme Bedingungen in den Häusern der Ortschaft schaffen wird.

Rusvesna.su: Die Rada hat nicht vor, auf die Forderungen der Protestierenden einzugehen. Die parlamentarische Koalition in der Obersten Rada beabsichtigt nicht, die Forderungen der Protestierenden zu erfüllen. Dies erklärte eine Unterstützer Saakaschwilis, der Abgeordnete Mustafa Nayjom.

„Schlechte Neuigkeiten. Kamen eben von Andrej Parabuj. Heute erfüllt die Koalition nicht eine unserer Forderungen. Die Fraktionsführer vom BPP (Block Petro Poroschenko – Anm. d. Übers.) und NF (Nationale Front – Anm. d. Übers.) sind bereit, zwei unserer Forderungen am Donnerstag auf die Tagesordnung zu setzen: die Aufhebung der Abgeordnetenimmunität und das Wahlgesetz“, schrieb er auf seiner Seite in den Sozialen Netzwerken.

„Ihr Plan ist, all die vor den Kopf zu stoßen, die für eine Große politische Reform sind und die, die für eine Gesundheitsreform. Das ist Heuchelei und Provokation.... Was sie hier der Gesellschaft verkaufen wollen, ist zynisch und unehrlich. Sie wussten zwei Monate vorher, dass wir zum Parlamentsgebäude kommen werden. Der Präsident hatte versprochen, das Gesetz zum Antikorruptionsgericht noch im letzten Dezember einzubringen. Sie versprachen schon 20 Jahre lang, die Immunität aufzuheben.

Heute liegen all diese Gesetze im Parlament. Für ihre Prüfung braucht es nur einige Stunden. Doch sie führten bewusst die Situation bis zur Konfrontation. Der Grund ist einfach die Angst. Es ist leichter für sie, auf der Straße zu provozieren, als ihre Versprechen einzuhalten“, fügte Nayjom hinzu...

ukrinform.ua: Gesundheitsreform: Hrojsman appelliert an Parlamentsabgeordnete. Das Parlament muss diese Woche grünes Licht für die Gesundheitsreform geben. Die Reform ist sehr wichtig für jeden Bürger der Ukraine, schrieb Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman auf Facebook.

Der Start der Gesundheitsreform ist die wichtigste Aufgabe in dieser Plenarwoche, betonte Hrojsman und appellierte an die Parlamentsabgeordneten, für die Gesetzentwürfe 6327 und 6601 zu stimmen. „Für die Erhaltung des bestehenden Systems zahlen wir mit Menschenleben. Dieser Preis ist zu hoch“, meint der Regierungschef. Hrojsman zufolge müssen sich die Parlamentsabgeordneten vereinen, um mit der Schaffung eines qualitativ neuen Systems zur Finanzierung des Gesundheitswesens in der Ukraine zu beginnen.

Av-zakharchenko.su: Heute, am 17. Oktober hat das Oberhaupt der DVR eine Arbeitssitzung mit den Leitern der Verwaltungen der Städte und Bezirke der DVR und Leitern von Behörden zu Fragen des Beginns der Heizperiode und des Wiederaufbaus von Häusern im Wohn- und sozialen Bereich durchgeführt.

„Heute wird es viel Kritik geben, weil es nicht beseitigte Mängel im Prozess der Vorbereitung zur Herbst- und Winterperiode gibt. Ich werde nicht loben! Wir werden die schwierigsten

Fragen behandeln“, sagte das Republikoberhaupt.

Über den Beginn der Heizperiode berichtete der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez.

Nach den Worten des Ministers sind die Arbeiten zur Vorbereitung des Wohnraums, von sozialen Objekten, von Objekten der Heizungs- und Wasserversorgung zur Heizperiode 2017-2018 im Ganzen abgeschlossen. Zur Inbetriebnahme der Zentralheizung sind 1134 Heizwerke, 12.238 Wohnhäuser, 1210 Objekte des sozialen Bereichs bereit.

Um 12:00 am 16. Oktober waren 1120 Heizwerke in Betrieb, 14 sind aus verschiedenen Gründen nicht in Betrieb, die Arbeit vor Ort geht weiter. Insgesamt haben in der Republik noch 219 Häuser keine Heizung, die meisten davon – 118 – in Surgres. Nach dem Bericht des Bürgermeisters der Stadt wies das Republikoberhaupt an, in möglichst kurzer Zeit alle Objekte der Stadt an die Heizung anzuschließen. Sergej Naumez erläuterte Alexandr Sachartschenko, dass in den nächsten Tag ein Mini-Heizwerk in Betrieb genommen wird, um die sozialen Objekte in Surgres zu beheizen.

Alexandr Sachartschenko unterstrich auch, dass die Objekte des sozialen Bereichs – Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen zu 100% geheizt werden müssen und sich unter besonderer Aufmerksamkeit der Bürgermeister befinden müssen.

Außerdem wurde im Rahmen der Besprechung die Frage der Versorgung von Städten und Bezirken der Republik mit Streumaterial und Treibstoff für die Straßenräumarbeiten im Winter behandelt. Alexandr Sachartschenko wies Sergej Naumez an, eine Ausschreibung durchzuführen und einen Lieferanten festzulegen, der alle Städte und Bezirke des Landes mit Streumaterial und Salz versorgen wird.

Auf der Besprechung wurden auch grundlegende Fragen und problematische Punkte der dritten Wiederaufbauetappe in der Republik aufgeworfen. Derzeit gibt es bereits eine Liste von Häusern, sowohl von Wohnhäusern als auch von Gebäuden des sozialen Bereichs.

Das Republikoberhaupt merkte an, dass es notwendig ist, die Kontrolle über die Vertragsorganisationen zu verstärken, die die Arbeiten ausführen, um die Zahl von Ausschuss und unzuverlässig ausgeführten Reparaturen zu senken. Diese Frage nahm Alexandr Sachartschenko unter seine persönliche Kontrolle.

„Sehr geehrte Kollegen!. Hinter uns stehen Millionen von Menschen und wir dürfen nicht wie früher leben. Die Probleme müssen schnell und richtig gelöst werden. Sie müssen allen aufkommenden Fragen in den Städten nachgehen, weil Sie Vertreter der Staatsmacht sind und für Ihr Territorium verantwortlich. Sie müssen alles Ihnen Mögliche und Unmögliche tun, damit unsere Menschen bequem leben. Unser Aufgabe ist es, uns auf das Schlimmste vorzubereiten und nicht darauf zu warten, dass der Winter mild wird. Die Städte der DVR müssen auf alle Überraschungen der Natur vorbereitet sind. Das ist Ihr Verantwortungsbereich“, sagte Alexandr Sachartschenko zu den Bürgermeistern.

abends:

ukrinform.ua: Präsident: Immunität der Abgeordneten ist schon lange zur Garantie der Strafflosigkeit geworden

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat nach der Einbringung der Gesetzesvorlage über die Abschaffung der Abgeordnetenimmunität ins Parlament auf seiner Facebook-Seite geschrieben, er sei überzeugt, dass sich die Immunität der Volksdeputierten schon lange in eine Garantie der Strafflosigkeit verwandelt habe.

„Wie ich in meiner Botschaft am Anfang September versprochen habe, habe ich wieder in der Werchowna Rada als dringend die Gesetzesvorlage über die Aufhebung der

Abgeordnetenimmunität eingebracht. Die Immunität der Abgeordneten ist schon lange zur Garantie der Straflosigkeit geworden“, schreibt der Staatschef.

Die Aufhebung der Immunität sowie die Schaffung eines Antikorruptionsgerichts in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Venedig-Kommission sind ihm zufolge wichtige Bestandteile des effektiven Kampfes gegen Korruption.

„Übrigens, die Finanzierung eines solchen Gerichts ist im Entwurf des Staatshaushalts 2018 vorgesehen, den die Werchowna Rada in dieser Woche in der ersten Lesung behandeln soll“, fügte Poroschenko hinzu.

de.sputniknews.com: **"Poroschenko errichtet Repressivapparat" - durch Aufhebung von Abgeordneten-Immunität**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko will Abgeordnete bestrafen, wenn sie ihn kritisieren. Noch schützt ein Gesetz die Parlamentarier vor dieser Willkür, aber es soll schnellstens abgeschafft werden.

Wenn es soweit ist, hat Poroschenko alle Macht gegen seine Kritiker in der Hand – und die Ukraine ist eine waschechte Diktatur, berichtet das Portal rueconomics.ru.

Ein Trojanisches Pferd ist es, was Poroschenko dem ukrainischen Parlament anbietet: Ein Gesetz soll den Schutz der Abgeordneten vor Strafverfolgung aufheben. Den entsprechenden Entwurf hat der ukrainische Präsident ins Parlament eingebracht.

Diese Vorlage sehe so aus, „als würde Poroschenko damit nur dem Volkswillen entsprechen – die Abschaffung der Straffreiheit für Abgeordnete wird in der ukrainischen Gesellschaft durchaus gefordert. In Wirklichkeit aber steckt hinter dieser Initiative sehr viel mehr, denn gerade die Abgeordneten der Werchowna Rada sind Poroschenkos größte Kritiker“, sagt der Politologe Alexander Asafow dem Portal.

Die Abgeordneten nutzen ihre Immunität, um der Kiewer Führung unbequem zu sein. „Sie verhindern Gesetzesinitiativen oder organisieren Kundgebungen“ – mit anderen Worten: Sie stören. „Da Poroschenko aber ein waschechtes autoritäres Regime in der Ukraine einrichten will, kommt ihm das alles zu sehr in die Quere“, erklärt der Experte.

Derzeit habe der ukrainische Präsident keine Handhabe gegen unbequeme Politiker: „Er kann sie nicht verhaften oder strafrechtlich verfolgen lassen“ – jedenfalls nicht, ohne das Parlament vorher zu fragen. Und das sei ein „schwerfälliges Verfahren mit ungewissem Ausgang“. Mit seinem Gesetzentwurf erwecke Poroschenko nun den Anschein, als gehe er auf die Opposition zu. „Tatsächlich aber bekommt er ein legales Repressionsmittel in die Hand, welches er vor allem gegen dieselbe Opposition anwenden wird“, mahnt der Experte

rusvesna.su: Erster Sieg für den „Maidan – 3“ - nach einer Auseinandersetzung mit den Rechtsschutzorganen gelang den Protestierenden das Aufstellen von Zelten

Die Protestierenden vor der Rada in Kiew erzielten einen Erfolg des beginnenden „dritten Maidans“ und stellten einige Zelte auf.

Die Polizei versuchte, das Aufstellen der Zelte zu verhindern und setzte gegen die Teilnehmer des „Maidan“ Tränengas ein.

„Es gab eine Auseinandersetzung“, sagten ukrainische Journalisten.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/palatki_maydan_1_0.jpg

Dan-news.info: „Heute, am 17. Oktober 2017, gegen 17:30 haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer aus Marjinka auf den westlichen Rand von Donezk eröffnet – die Siedlung **Trudowskije**. In der Folge des Beschusses mit einem Mörser des Kalibers 82mm **erlitt ein älterer Mann eine schwere Splitterverletzung**“, teilte der Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung Ruslan Jakubow mit.

Mit der Evakuierung des Verletzten befassen sich Soldaten der DVR, ein Krankenwagen kann nicht vor Ort kommen, weil der Beschuss anhält. Einzelheiten werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: „**Mit keinem einzigen Gesetz können wir Krim zurückholen**“ –
Ukrainischer Politiker

In der Ukraine spricht man aktuell von der Sinnlosigkeit der Versuche, die Krim zurückzuholen. Kein einziges ukrainisches Gesetz wird dies dem Land ermöglichen, sagte der Vize-Minister für zeitweilig besetzte Territorien und vertriebene Personen Georgi Tuka einem Interview mit der Agentur UNN.

„Solche Gesetze zu verabschieden, halte ich bloß für leeres politisches Getue“, so Tuka.

„Wenn ich Erklärungen von manchen unserer Populisten höre, die ‚kriminelle Führung‘ habe für die Krim nichts getan... Entschuldigung, aber mit keinem einzigen Dokument oder Gesetz werden wir den Donbass oder die Krim zurückholen können.“

Hat die Vernunft gesiegt?

Laut dem russischen Politologen Semjon Uralow hat der ukrainische Vize-Minister somit die Haltung der ukrainischen Elite zum Ausdruck gebracht.

„Dieses Geständnis bedeutet, dass bei einem Teil der Kiewer Elite die Vernunft die Oberhand gewonnen hat. Die Frage ist nun, inwiefern auch die führende Elite diese Vernunft besitzt“, so Uralow.

Allerdings gehe es der ukrainischen Führung bei der „Frage der Krim“ schon längst nicht darum, die Halbinsel zurückzuholen. Vielmehr sei das zu einem Projekt geworden, um westliche Kredite zu erhalten und die antirussische Hysterie zu schüren.

Zemans Initiative

Eine alternative Lösung des Problems hatte vor einer Woche der tschechische Präsident Milos Zeman vorgeschlagen. Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland sei eine abgeschlossene Tatsache, sagte er. Er würde es jedoch für fair halten, die Ukraine dafür zu entschädigen: mit Geld oder Erdöl- und Gaslieferungen.

Zemans Vorschlag fand jedoch weder in der Ukraine noch in Russland Anklang. In Moskau betonte man, die Krim sei kein Handelsdeal und das Thema sei längst vom Tisch. Der ukrainische Präsident lehnte bei einer PACE-Sitzung die Erklärung seines tschechischen Amtskollegen entschieden ab.

Erneutes Krim-Referendum

Auf die Frage, ob ein erneutes Referendum über den Status der Halbinsel möglich sei, sagte Poroschenko bei der PACE-Sitzung, er sei zu allem bereit. Dafür sei aber notwendig, dass die Krim zuerst wieder Teil der Ukraine werde.

Der Chef der Republik Krim, Alexej Aksjonow, schlug dem ukrainischen Präsidenten daraufhin vor, ein Referendum abzuhalten, um herauszufinden, wie sehr ihm sein eigenes Volk vertraue.

„Poroschenko sollte Volksabstimmungen in Transkarpatien und in Bukowina durchführen lassen, die noch Teil der Ukraine sind. Und wir werden uns das Ergebnis dann ansehen“, so Aksjonow. Er könne zugleich ein Vertrauens-Referendum über ihn als Präsidenten abhalten.

de.sputniknews.com: **Minister: Kiew wird Krim erst nach Vernichtung Russlands zurückholen**

Einen anderen Weg zur Rückeroberung der Schwarzmeer-Halbinsel Krim als die Zerstörung Russlands gibt es nicht. Das erklärte Georgi Tuka, ukrainischer Vizeminister für die Angelegenheiten der Inlandsflüchtlinge und zeitweise okkupierten Territorien, am Dienstag in Kiew nach Angaben der Nachrichtenagentur UNN.

„Allein durch die Annahme von Gesetzen wird Kiew weder den Donbass noch die Krim zurückholen können“, betonte er.

Der Fall Donbass sei allerdings wesentlich leichter. „Zuerst sollten die Führer der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk, Alexander Sachartschenko und Igor Plotnizki, gestürzt und durch ‚Friedenstauben‘ in Gestalt ‚latenter Separatisten‘ ersetzt werden, deren Hände nicht mit Blut beschmiert sind und die mit den Ereignissen von 2014 nichts zu tun haben, als Kiew die Kontrolle über einen Teil des Donbass verloren hatte“, sagte Tuka.

Dabei sollte man schrittweise handeln – entsprechende Dokumente annehmen, die Kampffähigkeit des Heeres erhöhen sowie die ökonomische und finanzielle Eigenständigkeit der Ukraine durchsetzen. „Nur so werden wir unsere Gebiete zurückholen können“, sagte der Minister.

Am 6. Oktober hatte die Werchowna Rada einen von Präsident Petro Poroschenko eingebrachten Gesetzentwurf über die Reintegration des Donbass in erster Lesung angenommen. Im Dokument wird Russland als ein Aggressorland bezeichnet.

Am 10. Oktober hatte Tschechiens Präsident Milos Zeman vorgeschlagen, die Ukraine für den Verlust der Krim zu entschädigen, um einen Krieg in Europa zu verhindern. „Ich denke, dass die Entschädigung in Form von Geld, aber auch von Öl oder Gas erfolgen könnte.“ Wer zahlen sollte, ob Russland oder Europa, sagte Zeman nicht.

Am nächsten Tag erklärte Präsident Poroschenko, die Ukraine werde „ihre Bürger auf der Krim nie im Stich lassen“ und mit ihren Territorien nie handeln

[ukrinform.ua: Ukraine und Polen wollen Deklaration zum Bildungsgesetz ausarbeiten](#)
[Die Ukraine und Polen wollen eine Deklaration zur Einhaltung der Verpflichtungen über den Unterricht in der Muttersprache für nationale Minderheiten ausarbeiten.](#)

Das erklärte die Bildungsministerin der Ukraine Liliya Hrynewytsch nach einem Treffen mit der polnischen Bildungsministerin Anna Zalewska, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Das Papier solle laut Hrynewytsch das Recht der polnischen Minderheit auf den Unterricht in der Muttersprache garantieren. „Unsere Prinzip dabei ist die Erweiterung des ukrainischsprachigen Unterrichts“, sagte sie. Dieses Prinzip werde in den polnischen Schulen in der Ukraine realisiert, wo einige Fächer in der ukrainischen Sprache unterrichtet würden. Das gebe es auch in den Schulen in Polen, wo Vertreter der ukrainischen Gemeinde lernen. „Wir wollten von der Beachtung der internationalen Abkommen hören und Informationen geben und die Polen in der Ukraine beruhigen, dass die Seiten den Unterricht in der Muttersprache garantieren“, sagte die polnische Ministerin. Die Deklaration solle in zwei bis drei Tagen ausgearbeitet werden.